



politik+++mittelstand+++information Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

MIT - News · 1. Ausgabe 2009

Einfach, niedrig und gerecht

Einfach, niedrig und gerecht: unter diesen drei Schlagworten fordert die MIT eine Reform des deutschen Steuersystems. Die MIT unterstützt dabei Bundeskanzlerin Angela Merkel ausdrücklich in ihrer Haltung, eine Steuerreform, vor allem eine Einkommensteuerreform, unverzüglich anzupacken und in 2010 umzusetzen. „Um mittlere Einkommensbezieher gezielt zu entlasten, muss ein linear progressiver Einkommensteuertarif eingeführt und der Knick bei 12.739 Euro abgeschafft werden. Für rund 18 Millionen Steuerpflichtige würde die Steuerschuld somit um mindestens 10 Prozent sinken“, sagt Dr. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung

der CDU/CSU (MIT). Zudem sollte der Solidaritätszuschlag abgeschafft werden. Dies brächte eine Entlastung von insgesamt rund 13 Milliarden Euro. Neben den privaten Haushalten und Personenunternehmen würden auch die Kapitalgesellschaften von der Entlastung von insgesamt rund 13 Milliarden Euro profitieren. Entsprechend dem Leistungsfähigkeitsprinzip in der Besteuerung ist es aus steuersystematischen Gründen geboten, die sogenannte kalte Progression in der Einkommensbesteuerung auszuschalten. „Pro Prozentpunkt Inflation, um den die Einkommensgrenzen nach oben verschoben werden, ergibt sich eine Steuerentlastung von 1,25 Milliarden Euro, so Schlarmann.“



Dr. Josef Schlarmann

MIT wendet sich gegen Enteignungen

Wer sich der aktuellen Konjunkturkrise als Vorwand für den Einzug der Staatswirtschaft in Deutschland bedient, vergeht sich an den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. „Es ist paradox, Verstaatlichungen, Mindestlöhne und Staatsbürgschaften als Schutzschild für unsere Soziale Marktwirtschaft einsetzen zu wollen“, so Dr. Josef Schlarmann, „denn es ist genau diese Staatswirtschaft, welche die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ad absurdum führt“. Das Rettungsübernahmegesetz mache den Weg für Enteignungen frei und sei somit ein ordnungspolitischer Tabubruch, der nicht mehr tragbar ist, so Schlarmann. Das Eigentumsrecht ist ein unverzichtbares Gut und Fundament unserer Wirtschaftsordnung. Die MIT fordert die Union auf, von diesem Gesetzesvorhaben Abstand zu nehmen und sich konsequent gegen Enteignung auszusprechen. „Wer das Vertrauen in un-

sere Wirtschaftsordnung nicht vollends verspielen will, darf auch und gerade in Krisenzeiten ordnungspolitische Grundprinzipien nicht über Bord werfen“.



MIT IN DEN MEDIEN

Möglichkeit für Missbrauch

„Grundsätzlich ist Kurzarbeit positiv, da sie Arbeitsplätze sichert. Die jüngsten Änderungen öffnen aber auch die Möglichkeit für Missbrauch, um die Arbeitslosenstatistik schönzufärben, denn Kurzarbeiter gelten nicht als arbeitslos“, so Josef Schlarmann. Das belaste die Beitrags- bzw. Steuerzahler.

13. Februar 2009 – BILD

Schlarmann sagt, was Basis denkt

Einer wie Josef Schlarmann lässt sich nicht verbiegen. Der Anwalt und Steuerberater ist als einziges Vorstandsmitglied kein Berufspolitiker. Der Chef der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung hatte dem Koalitionsvertrag mit der SPD demonstrativ nicht zugestimmt und sieht eine „Sozialdemokratisierung der Union“. Damit spricht Schlarmann genau das aus, was viele an der Basis denken.

16. Februar 2009 - Focus

MIT IN DEN MEDIEN

Verfassungsrechtliche Bedenken gegen Enteignung

„Die Kritik aus der Union am Vorschlag der Enteignung strauchelnder Banken reißt nicht ab. „Ich habe da tiefste verfassungsrechtliche Bedenken“, sagte der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Josef Schlarmann, dem „Hamburger Abendblatt“. „Dem Bundesfinanzministerium geht es offenkundig darum, einen widerspenstigen Gesellschafter zu entfernen.“ In diesem Zusammenhang verwies Schlarmann auf Artikel 14 des Grundgesetzes, der Enteignungen nur in engen Grenzen erlaube.“

2. Februar 2009 – Reuters

Finanzminister Steinbrück irrt

Wir haben gerade in den Nachrichten gehört - ich glaube, es war die Stimme des Bundesfinanzministers, der gesagt hat, mit der Möglichkeit der Enteignung sollen öffentliche Mittel, die in eine Bank (in diesem Fall die Hypo Real Estate) gesteckt worden sind, gesichert werden. Das reicht natürlich schon nach dem Gesetzestext, den ich hier vor mir habe, gar nicht aus, um eine Enteignung zu begründen. Dort heißt es, „zur Sicherung der Finanzmarktstabilität können Enteignungen vorgenommen werden“. Damit beginnt schon der erste große Bereich der Unsicherheit. Enteignungen dürfen nie gemacht werden, um Gelder, die der Staat vielleicht unvorsichtigerweise anderen zur Verfügung gestellt hat, zu sichern, sondern hier geht es um die Finanzmarktstabilität als öffentliches Gut und dort muss der Zusammenhang nachgewiesen werden und das kann ich im Fall der Hypo Real noch gar nicht erkennen.

18. Februar 2009 - Deutschlandfunk

Mit Massentlastungen rechnen

Grundsätzlich sei die Vereinfachung der Einführung von Kurzarbeit positiv, sagt Schlarmann. Angesichts der dramatischen Auftragseinbrüche in großen Teilen der Industrie werde der Abschwung voraussichtlich dramatischer als gedacht. „Bisher ist das Kapazitätsproblem durch Abbau von Überstundenkonten und andere Flexibilisierungsmaßnahmen sowie durch Kurzarbeit gemeistert worden. Aber wenn diese Instrumente erschöpft sind, dann ist mit Massentlassungen zu rechnen.“

17. Februar 2009 - Neue Westfälische Zeitung

Vom Vater der Sozialen Marktwirtschaft lernen

Derjenige wird vor den Problemen und Aufgaben nicht zurückzuschrecken brauchen, der, wie meine Freunde und ich, die Soziale Marktwirtschaft als Teil und Ausdruck einer ganzheitlichen Politik versteht. (S. 336 WfA)

Aus wissenschaftlicher Erkenntnis und praktischer, historischer Erfahrung lehnen wir jegliche Formen einer staatlich zentralistischen, bürokratischen Planwirtschaft ab, da diese zu einer Verkümmern der Produktivität, zu einer Willkür der Verteilung und zuletzt zur Aufhebung der freien Berufs- und Konsumwahl als der unantastbaren Grundrechte der menschlichen Freiheit in einer echten Demokratie führen muss. Die staatliche Planwirtschaft erweist sich, sofern sie nicht zum brutalen Zwange führen soll, als eine das eigene System sprengende Fehlkonstruktion. (S. 214 Gafj)

Freiheit und Sicherheit werden wir nur dann zurückerlangen, wenn auch der letzte Ruf nach materieller Hilfe des Staates einmal verhallt sein wird, denn solche Hilfe kann immer nur auf Kosten zusätzlicher Belastung des Staatsbürgers erfolgen. (S. 375 Gafj)

Ludwig Erhard, (1897-1977) Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland von 1963 bis 1966



BESTELL-COUPON

„Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz“ Taschenbuch, 384 Seiten für 5,90 Euro inkl. Mehrwertsteuer zzgl. Versand eMail an: kontakt@mit-werbemittel.de oder Fax: 030/70 22 02 05

NAME
ANSCHRIFT
PLZ/ORT
TEL/FAX

Ulla Schmidts Pflegepläne stoppen



Jürgen Presser

Nachdem die große Koalition eine Pflegereform erarbeitet hat, die vor allem Leistungen und Beiträge erhöht, die Probleme der Demografie Sicherheit und der langfristigen Finanzierbarkeit jedoch zur Seite schiebt, plant Bundesgesund-

heitsministerin Schmidt (SPD) einen weiteren Schritt in die falsche Richtung: Noch in diesem Jahr sollen die Weichen gestellt werden, um die Reform zu reformieren. Mit vier Milliarden Euro Mehrbelastung wird dieses Projekt voraussichtlich verbunden sein – und der Koalitionspartner, die Union, soll diese Reform mittragen. Diesen Plänen erteilt die MIT eine klare Absage. „Bevor über neue Leistungen und Kosten gesprochen werden kann, muss die Pflegeversicherung einer grundlegenden Reform mit langfristiger Sicherung unterzogen werden“, so Jürgen Presser, stellvertretender Bundesvorsitzender der MIT. Dies sei über eine Pflegeprämie möglich. Spätestens 2013 reiche der bisherige, von der Koalition schon erhöhte Beitrag nicht mehr aus und soll nach den Plänen der SPD-Ministerin um zusätzliche 0,4 Prozent steigen. Presser hält dies auch vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise für schlicht verantwortungslos. „Die MIT erwartet, dass die Union als Koalitionspartner die Pläne von Ulla Schmidt stoppt“, so Presser.

Karl-Theodor zu Guttenberg ist neuer Wirtschaftsminister



Karl-Theodor zu Guttenberg MdB

Bundespräsident Horst Köhler hat am 10. Februar Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg zum neuen Bundesminister für Wirtschaft und Technologie ernannt. Er tritt die Nachfolge von Michael Glos an, der das Amt seit November 2005 inne hatte. Zu Guttenberg sagte zu seiner neuen Aufgabe, er sehe die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise als eine große Herausforderung und Bewährungsprobe für Politik und Gesellschaft. „Ich bin mir der großen Verantwortung mehr als bewusst.“ Der 37-jährige zu Guttenberg ist der bislang jüngste Bundeswirtschaftsminister in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

MIT fordert echte Stärkung des Mittelstandes – Resolution der MIT

Die Unternehmensteuerreform 2008 ging vor allem zu Lasten des Mittelstandes, was heute auf Grund der Wirtschaftskrise für den deutschen Mittelstand akut existenz- und arbeitsplatzgefährdend wirkt. Diese krisenverschärfenden Gesetzesregelungen müssen umgehend abgeschafft werden, um auf die fortschreitende Rezession wirkungsvoll zu reagieren. Die MIT fordert daher die Bundesregierung auf, Sofortmaßnahmen zur Stärkung des deutschen Mittelstandes zu ergreifen.

Die steuerliche Verrechnung von Verlusten bei Gesellschafterwechsel muss auch für alle Privatunternehmen gewährt werden. Es ist nicht akzeptabel, dass Banken im Falle einer staatlichen Beteiligung privilegiert werden und andere Betriebe im Falle einer Übernahme durch einen Mittelständler von der Möglichkeit ausgeschlossen sind, durch Verlustvorträge ihre Steuerlast zu senken. Diese Regelung wird angesichts der Konjunkturkrise zu einer Pleitewelle führen.

Zudem muss die Zinsschranke abgeschafft werden. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung droht vielen Unternehmen, die keine Gewinne oder sogar Verluste zu verzeichnen haben, eine verschärfte steuerliche Belastung,

da sich der Fremdfinanzierungsanteil erhöhen wird. Hierdurch steigen die Zinszahlen auch angesichts sich verschärfender Kreditkonditionen an.

Die Hinzurechnungspflicht bei der Gewerbesteuer muss allgemein auf 15 Prozent gesenkt und der Freibetrag für die Hinzurechnungen auf 200.000 Euro verdoppelt werden. Die Regelung aus 2008 hat zu einem starken Anstieg der Gewerbesteuer geführt.

Anstatt die Liquiditätsreserven der Unternehmen in dieser akuten Wirtschaftslage für die Begleichung zusätzlicher Steuerschulden einsetzen zu müssen, sollte der Mittelstand in die Lage versetzt werden, diese Mittel für notwendige Umstrukturierungen oder die Überbrückung von Verlustzeiten investieren zu können.



Fakten

Konjunkturpaket II

Bundestag und Bundesrat haben den Weg frei gemacht für das Konjunkturpaket II. Mit dem Geld für die geplante Senkung der Einkommensteuer und der Sozialversicherungsbeiträge wäre auch eine weitergehende Steuerreform zu haben gewesen.

Über einzelne Instrumente des Konjunkturpakets II lässt sich trefflich streiten. Fest steht: Mit zusätzlichen öffentlichen Investitionen, Steuersenkungen und einer Verringerung der Sozialabgaben sind drei wichtige Bausteine enthalten. Die Mittel aus dem Investitionsprogramm in Höhe von mehr als 17 Milliarden Euro fließen in den kommenden zwei Jahren in die Sanierung von Schulen und Hochschulen sowie in Straßen, Schienen und Internetverbindungen. Rückwirkend ab 1. Januar 2009 sinkt zudem der Eingangsteuersatz der Einkommenssteuer von 15 auf 14 Prozent. Der Grundfreibetrag wird in zwei Stufen um 340 Euro auf 8.004 Euro im Jahr 2010 angehoben. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung sinkt zum 1. Juli 2009 von 15,5 auf 14,9 Prozent – finanziert durch einen Steuerzuschuss des Bundes. Rechnet man die einzelnen Summen zusammen, hätte das Geld jedoch auch für eine weitergehende Steuerreform gereicht.

Die geplante Senkung der Einkommensteuer und der Sozialversicherungsbeiträge kostet den Staat allein im Jahr 2010 rund 12 Milliarden Euro. Etwas weniger als diese Summe würde die Verwirklichung eines IW-Reformvorschlags jährlich kosten, der vorsieht, den Einkommensteuertarif abzuflachen. Derzeit steigen die Steuersätze jenseits des Grundfreibetrags steil an, bis sie nach einem Knick flacher verlaufen. Der sogenannte Mittelstandsbauch, der gerade Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen stark belastet und Leistungsanreize nimmt, sollte in einem ersten Schritt teilweise beseitigt werden. Dafür wären knapp 12 Milliarden Euro zu veranschlagen. Die komplette Begrädigung des Tarifs würde den Fiskus etwa 24 Milliarden Euro kosten.

Quelle: iwköln

Unternehmerfrauen im Mittelstand

Die MIT will die Interessen und Forderungen der kleinen und mittleren Unternehmen in die politischen Entscheidungsgremien einbringen. Gesellschaftsentwürfe zu formulieren, Leitbilder aufzustellen, Seminare und Kolloquien zu veranstalten – dies bliebe letztlich folgenlos, wenn es nicht in praktische Politik mündete. Unter der Leitung von Marie-Luise Dött MdB trifft

sich zweimal im Jahr die MIT-Kommission „Unternehmerfrauen im Mittelstand“. Interessierte Unternehmerfrauen sind herzlich eingeladen, zur anstehenden Kommissionssitzung am 6. und 7. März 2009 nach Berlin zu kommen.

Informationen erhalten Sie per E-Mail bei Dimos Gatidis unter:
marie-luise.doett.ma03@bundestag.de



MIT - Medienpreis „Mittelstand - 20 Jahre nach dem Mauerfall“

Unter diesem Motto schreibt die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) wieder ihren Preis aus, mit dem die Entwicklung des Mittelstandes unter dem Aspekt des Mauerfalls und der deutschen Einheit in der Öffentlichkeit hervorgehoben werden soll.

Der Preis ist dotiert mit 3.500 Euro.

Bewerber:

Um den Preis können sich Journalistinnen und Journalisten mit je einem deutschsprachigen Beitrag bewerben, der zwischen dem 1. Juni 2008 und dem 31. Mai 2009 veröffentlicht wurde (Print, Rundfunk und Online).

Beiträge:

Ausgezeichnet werden journalistische Arbeiten, die sich in besonderer Weise mit Problemen und Chancen mittelständischer Unternehmen im Hinblick auf den Mauerfall und die deutsche Einheit beschäftigen. Vor allem soll das Enga-

gement von Unternehmensleitung und das innovative Potenzial kleiner und mittlerer Unternehmen zum Ausdruck kommen. Hierbei werden auch Portraits oder Biografien berücksichtigt.

Jury:

Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus erfahrenen Journalisten und Mittelständlern. Die Preisverleihung findet im Herbst 2009 statt.

Einsendeschluss: 15. Juni 2009

Bitte senden Sie Ihre Unterlagen an:



z.H. Hauptgeschäftsführer
Hans-Dieter Lehnen
Charitéstraße 5
10117 Berlin-Mitte

Internet: www.mittelstand-deutschland.de

Kündigungsschutzgesetz – 7,5 Milliarden Euro Kosten

Die Regelungen des Kündigungsschutzgesetzes kosten die Wirtschaft hierzu 7,5 Milliarden Euro pro Jahr. Allein die Aufwendungen rund um Arbeitsgerichtsverfahren im Rahmen eines Kündigungsschutzprozesses belaufen sich auf jährlich 975 Millionen Euro. Abfindungszahlungen, auf die sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigen, schlagen bei den Betrieben mit jährlich etwa 2,6 Milliarden Euro zu Buche. Im Schnitt geben Unternehmen knapp 12.000 Euro für eine Abfindung im Kündigungsfall aus. Das hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zusammen mit der IW Consult in einer repräsentativen Unternehmensbefragung ermittelt.

Gleichzeitig erweisen sich die arbeitsrechtlichen Bestimmungen als Beschäftigungsbremse. Weil viele Firmen aufgrund des Kündigungsschutzgesetzes fürchten, Mitarbeiter im Ernstfall nur schwer entlassen zu können, verzichten annähernd 40 Prozent der Arbeitgeber gleich ganz auf Neueinstellungen. Hochgerechnet auf alle Betriebe verhindern die Regelungen des Kündigungsschutzgesetzes, dass jährlich mehr als 40.000 neue Stellen geschaffen werden. Um den Kündigungsschutz zu umgehen, stellen zwei Drittel der Firmen befristet Beschäftigte ein. Mehr als 60 Prozent der Unternehmen sehen daher Änderungsbedarf beim Kündigungsschutz, um Neueinstellungen zu beschleunigen. So plädiert z.B. rund ein Drittel der Unternehmen dafür, Kündigungen in konjunkturell schlechten Zeiten zu erleichtern. (Quelle: iw köln)

MIT - Bundesverband

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,
Hauptgeschäftsführer der MIT
Kontakt

Charitéstraße 5 • 10117 Berlin
Telefon: 0 30/ 22 07 98-0
Telefax: 0 30/ 22 07 98-22

eMail: info@mittelstand-deutschland.de
www.mittelstand-deutschland.de

Fotos: MIT intern; Titelbilder oben v.l.n.r.: iStockphoto/
-pixelchickDK/-lisegagne/-sylvanworks/-Snowleopard;
Foto Seite 1, 4: Christina Hartmann;
Foto Seite 3: www.zuguttenberg.de, Brandung³

